

RHEINISCHE POST

NIEDERBERGISCHE ZEITUNG



TENNIS

Mit dem Triumph in Wimbledon stößt Carlos Alcaraz endgültig in die Riege der Großen vor. Sport

BARGELD

Die traditionelle Weise zu bezahlen wird im Handel immer seltener. Wirtschaft

FRAUENRECHTE

Iranerinnen ohne Kopftuch in der Öffentlichkeit müssen wieder Festnahmen fürchten. Politik



LOKALES

METTMANN

Hier knallt es besonders häufig



Die Einmündung der Beethovenstraße in die Talstraße ist laut dem Statistischen Bundesamt der Unfallschwerpunkt in Mettmann.

SEITE D1

ERKRATH

Erstes Mädchen im Bolzplatz-Finale

Heidi (13) wusste sich gegen die Konkurrenz durchzusetzen und hat damit die Chance, Erkraths erste Bolzplatzkönigin zu werden.

SEITE D3

WÜLFRAH

Der Steinbruch ist eine Naturidylle

Einst Kalksteinabbaugebiet, heute Naherholungsgebiet: Was der Schlupkothener Bruch zu bieten hat erzählt in „7 Fakten“.

SEITE D4

ZITAT

„Hollywood hat mich völlig vergessen.“

Ryan O'Neal (82),
Schauspieler („Is' was, Doc?“)

WETTER

Sonnenschein und ein paar lockere Wolken



RP KONTAKT

Leserservice 0211 505-1111,
Mo.-Fr. 6.30-16 Uhr, Sa. 6.30-12 Uhr
www.rp-online.de/Leserservice
Anzeigenservice
0211 505-2222, Montag-Freitag 8-18 Uhr
www.anzeigen.rp-online.de

RP-ONLINE.DE

LINKS AUSSEN

In der beliebten Serie „Polizeimeldungen aus Hagen“, dem Tor zum Sauerland, müssen wir heute einen weiteren Fall von zweckentfremdeten Küchengeräten schildern. Neulich hatte ein Mann seine Frau mit einem Kochlöffel verprügelt. Nun soll ein Ladenbesitzer im Streit ein Metzgerbeil gehoben haben, worauf der Bedrohte drei Rotkohlköpfe ins Gesicht des Beilträgers feuerte; der Mann wurde leicht verletzt. Diese Hagener Eigenwilligkeiten müssen ein Ende haben. Wie wäre als Bußübung aller Rüpel der VHS-Kursus „Achtsam in der Küche“? Ein Handbuch für Anfänger wird in der ersten Sitzung ausgehändigt. Merksatz eins lautet: Gewürzt wird nicht mit Pfefferspray. w.g.



4 190672 802609 2 0 0 2 9

Still geboren



In NRW steigt die Zahl der Totgeburten kontinuierlich an. Den einen Grund dafür gibt es nicht, stattdessen geben viele einzelne Puzzleteile Anhaltspunkte für das Phänomen. **Gesundheit**

Illegales Glücksspiel in NRW nimmt zu

Die Kriminalität im Zusammenhang mit Spielautomaten wächst. Das Land setzt auf scharfe Kontrollen, die Industrie beklagt zu strenge Regeln für legale Angebote. Zugleich entgehen dem Staat milliardenschwere Einnahmen.

VON MARTIN KESSLER

DÜSSELDORF Die Aufstellung illegaler Glücksspielautomaten in Deutschland hat im vergangenen Jahr nach allen vorliegenden Schätzungen weiter zugenommen. Ein Schwerpunkt der Szene ist Nordrhein-Westfalen, wo sich vor allem in den Ballungsgebieten an Rhein und Ruhr überproportional viele illegale Spielstätten befinden. Nach einer Studie des Verbands der Deutschen Automaten-Industrie (VDAl), die der Spielsuchterperte Jürgen Trümper durchführte, waren 2022 an 314 von insgesamt 363 bundesweit aufgesuchten Spielorten illegale Fungames-Geräte aufgestellt. Das entspricht einer Quote von 86,5 Prozent. Im Jahr zuvor hatte Trümper an 1408 Orten lediglich 626 dieser Apparate entdeckt (44,5 Prozent).

Diese Zahlen lassen sich nach Ansicht von Experten auch auf Nordrhein-Westfalen übertragen. „Der Umfang des illegalen Glücksspiels nimmt in meinem Einsatzgebiet spürbar zu“, sagte Arndt Borgmann,

der in der Stadt Hamm, einem der Schwerpunkte der kriminellen Automaten-Szene, die Einsätze des Ordnungsamts leitet. Auch nach der Polizeilichen Kriminalstatistik NRW steigen die Straftaten im Rahmen der Glücksspielkriminalität. Wurden 2018 noch 49 solcher Fälle erfasst, waren es im vergangenen Jahr 446. Gegenüber dem Vorjahr stieg die Zahl der unerlaubten Veranstaltungen mit Glücksspiel um gut ein Drittel. Das NRW-Innenministerium will allerdings keine allgemeingültigen Schlussfolgerungen aus den Zahlen ziehen. „Steigende Fallzahlen sind in der Hauptsache auf eine erhöhte Kontrolldichte zurückzuführen“, sagte eine Sprecherin.

Tatsache jedoch ist, dass illegales Glücksspiel zunehmend als Bedrohung der Gesellschaft wahrgenommen wird. Besonders die Staatsanwaltschaft Dortmund hat die Bekämpfung der illegalen Spielorte zu einer ihrer Schwerpunkte gemacht. Aktiv sind auch die Strafverfolgungsbehörden in Duisburg

und Köln. Das Land NRW setzt nach eigenen Angaben bei der Bekämpfung des illegalen Glücksspiels auf behördenübergreifende Formen der Zusammenarbeit. Es sieht sich damit als Vorreiter unter den Ländern, was Experten bestätigen. Neben dem Zoll kooperiert laut NRW-Innenministerium die Landespolizei mit der Landesfinanzverwaltung, der Familienkasse, der Bundespo-

lizei und den örtlichen Ordnungsbehörden.

Als Ursache für den wachsenden illegalen Markt sehen manche Experten ausgerechnet die Verschärfung der Anforderungen an das Glücksspiel in Deutschland. So würden restriktive Gewinnlimits oder Abstandsgebote das illegale Glücksspiel attraktiver machen. „Die Gewinnchancen sind im illegalen Markt nach oben offen, im legalen Markt stark eingeschränkt“, sagte der Ordnungsamtsexperte Borgmann, der bundesweit zu den besten Kennern der Szene zählt. „Da steckt eine gute Absicht dahinter, die in der Realität leider zu ganz anderen Ergebnissen führt.“ Der Vorstandssprecher des Verbands Deutsche Automatenwirtschaft, Georg Stecker, ergänzte: „Um das Wachstum des Schwarzmarktes nachhaltig zu begrenzen, brauchen wir neben einem gestärkten Vollzug ein ausreichend verfügbares und aus Kundensicht attraktives legales Angebot. Das stärkt den Spieler- und Jugendschutz am besten.“

Zugleich entgehen dem Staat durch das illegale Glücksspiel Milliarden Euro an Einnahmen. In seiner jüngsten Studie schätzt der Düsseldorfer Wirtschaftsprofessor Justus Haucap, dass der Fiskus durch den Schwarzmarkt von 2014 bis 2022 insgesamt 3,7 Milliarden Euro verloren hat. Vorstandssprecher Stecker von der Automatenwirtschaft beziffert die jährlichen Steuerverluste auf eine halbe Milliarde Euro. Nach Ansicht des Ökonomen Haucap wird die Absicht des Glücksspielstaatsvertrags von 2012 immer weniger erreicht durch entsprechende staatliche Maßnahmen, den Spieltrieb der Menschen in legale Bahnen zu lenken (Kanalisierung).

Dem widersprach das NRW-Innenministerium: „Das Gutachten lässt außer Acht, dass das Ziel der Glücksspielregulierung nicht nur die Kanalisierung ist, sondern auch, gleichwertig, der Jugend- und Spielerschutz und die Verhinderung der Entstehung von Glücksspielsucht.“ Zur Erreichung dieser Ziele seien gesetzliche Vorgaben erforderlich.

INFO

Der Glücksspielmarkt in Deutschland

Legale Umsätze Mit legalen Geldspielgeräten verdienen die Aufsteller im Jahr sechs Milliarden Euro.

Schwarzmarkt Bis 2006 war der Schwarzmarktanteil 42 Prozent. Er sank auf vier Prozent (2007 bis 2012). Danach stieg er bis 2022 auf eine Spanne zwischen 30 und 46 Prozent (Haucap-Studie).

Russland stoppt Getreideabkommen

International wurde der Schritt heftig kritisiert. Die Ukraine will weiter exportieren.

MOSKAU (ap/dpa/epd) Russland hat die Vereinbarung zum Export von Getreide aus der Ukraine aufgekündigt. Teile des Abkommens, die Russland betreffen, seien nicht erfüllt worden, sagte Kreml-Sprecher Dmitri Peskow laut der russischen Agentur Interfax. Die Initiative, mit deren Hilfe im vergangenen Jahr mehrere Millionen Tonnen Lebensmittel aus der Ukraine ausgeschifft wurden, endete damit vorerst am Montagabend. International wird die Entscheidung kritisiert. Die Ukraine und Russland hatten sich im Juli 2022 unter Vermittlung der Vereinten Nationen und der Türkei auf die Initiative geeinigt. Sie ermöglichte trotz des Krieges die Ausschiffung landwirtschaftlicher Güter aus der Ukraine und den Export von Dünger und Lebensmitteln

aus Russland über das Schwarze Meer. Peskow sagte laut Interfax, das Abkommen sei praktisch außer Kraft gesetzt. Sobald die Russland betreffenden Teile erfüllt würden, werde die Umsetzung der Vereinbarung wieder aufgenommen.

Die Bundesregierung kritisierte die Entscheidung scharf. Präsident Wladimir Putin nehme „die Ärmsten der Armen auf dieser Welt in Geiselnhaft für seine grauenhafte Kriegstreiberei“, erklärte Landwirtschaftsminister Cem Özdemir (Grüne). Die Ukraine kündigte derweil an, die Lieferungen trotz fehlender Sicherheitsgarantien fortsetzen zu wollen: „Sogar ohne Russland muss man alles tun, damit wir diesen Schwarzmeerkorridor nutzen können“, sagte Präsident Wolodymyr Selenskyj afri-

kanischen Journalisten gemäß einer Mitteilung seines Pressesprechers.

Unterdessen warf Russland der Ukraine erneut einen Anschlag auf die strategisch wichtige Brücke zwischen der annektierten ukrainischen Halbinsel Krim und dem russischen Festland vor. Putin hat militärische Vergeltung angedroht. „Natürlich wird es von Seiten Russlands eine Antwort geben“, sagte er bei einer Beratung der russischen Führung am Montagabend in Moskau. Man bereite Vorschläge dafür vor, zitierte die staatliche Nachrichtenagentur Tass den Präsidenten. Am Montagmorgen seien zwei Seedrohnen eingesetzt worden, hieß es aus Moskau. Die Ukraine bekannte sich nicht zu einem Anschlag.

Politik

200 Migranten aus der Wüste gerettet

BRÜSSEL (may-) Das geplante Migrationsabkommen zwischen der EU und Tunesien wird von einer dramatischen Rettungsaktion in der Wüste zwischen Libyen und Tunesien überschattet. Libyschen Grenzschützern und internationalen Helfern gelang es, fast 200 Migranten zu retten, die nach eigenen Angaben von tunesischen Sicherheitskräften in der Wüste ausgesetzt worden waren. Damit verstärkte sich der Druck auf die EU, besonderes Gewicht auf die Einhaltung der Menschenrechte zu legen. Die EU will den Kampf Tunesiens gegen Schlepper mit dreistelligen Millionenbeträgen unterstützen, Tunesier rückführen und das Land mit weiteren Programmen stabilisieren.

Leitartikel, Politik

Schlichtung soll Tarifkonflikt bei der Bahn lösen

BERLIN (dpa) Seit diesem Montag vermitteln externe Schlichter im Tarifstreit bei der Deutschen Bahn. Die Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG) bestätigte den Auftakt, zum genauen Beginn und Ort äußerten sich beide Seiten nicht. Auch über weitere Details ist Still-schweigen vereinbart. Angesetzt sind rund zwei Wochen bis zum 31. Juli. Dann will die EVG per Urabstimmung über das Ergebnis der Schlichtung abstimmen lassen. Bis zum Ende der Abstimmung Ende August hat die EVG Streiks ausgeschlossen. In die im Juni gescheiterten Verhandlungen war die EVG unter anderem mit der Forderung nach 650 Euro mehr pro Monat für 180.000 DB-Beschäftigte gezogen.

Leitartikel, Wirtschaft